

fassung der Deutschen Demokratischen Republik auch das Recht der Jugend auf politische Mitbestimmung durch die Festsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre gesichert hat. Die Jugend wird ihren Dank hierfür durch verstärkte Mitarbeit im Ausbau der Deutschen Demokratischen Republik, der Stärkung der Einheit der Jugend und durch eine hohe Beteiligung an den Wahlen am 15. Oktober 1950 abstaten. Damit wird zum ersten Male in der Geschichte unseres Volkes die Jugend ab 18 Jahren an der Wahl zum deutschen Parlament teilnehmen.

In der vergangenen Periode hat die Jugend bewiesen, daß sie arbeiten kann und will. In rund 36 000 Jugendbrigaden und -aktivs sind 2 220 000 junge Arbeiter und Arbeiterinnen tätig für die frühzeitige Erfüllung des Zweijahresplanes. Über 100 000 Lehrlinge beteiligten sich am 1. Berufswettbewerb der deutschen Jugend. Bei dem am 1. November beginnenden 2. Berufswettbewerb werden es 200 000 sein. Wir erwarten, daß diese große Initiative der Jugend von seiten der Regierung die entsprechende Beachtung findet durch die Einleitung weiterer Maßnahmen zur Förderung der Teilnahme der Jugend am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben unseres Volkes.

Wir bitten die Männer der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die — wie bekannt sein dürfte — in der Vergangenheit der Jugend große Hilfe leisteten, weitere Maßnahmen zur Förderung der Jugend und der Kinder zu erwägen. Wir denken dabei besonders an die Förderung des Aufstieges der jungen Aktivisten und Sieger im Berufswettbewerb im gesellschaftlichen Leben unseres Volkes; die Verstärkung und Verbesserung der Berufsausbildung; die materielle und ideelle Unterstützung des 2. Berufswettbewerbes; die Verbesserung des Arbeitsschutzes und der Berufsausbildung der jungen Landarbeiter; die Unterstützung der kulturellen Tätigkeit zur Gestaltung eines frohen Jugendlebens; den weiteren Aus- und Aufbau von Jugendheimen, Jugendherbergen und Sportanlagen; die Beschaffung von Wanderkleidung, Sportkleidung und Sportgeräten; die Unterstützung der Schüler, Studenten und Neulehrer; die Förderung des Verbandes der Jungen Pioniere; die Förderung des Ferien- und Erholungswerkes der Jugend; die Unterstützung der jungen Ehen durch Beschaffung von Wohnungen und Bedarfsgegenständen.

Meine Damen und Herren! Die junge Generation ist zutiefst davon überzeugt, daß die Wahrung ihrer Interessen bei der Regierung Grotewohl in guten Händen liegt. Die Freie Deutsche Jugend wird immer an der Seite der Regierung Grotewohl stehen.

(Beifall bei der FDJ)

Wir appellieren gleichzeitig an die gesamte deutsche Jugend, der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ihr Vertrauen zu schenken und durch aktive Mitarbeit zum Gelingen des großen Werkes der Wiedergeburt unserer Nation beizutragen.

(Beifall bei der FDJ)

Präsident Dieckmann:

Für den Demokratischen Frauenbund Deutschlands hat das Wort die Frau Abg. Wilhelmine Schirmer-Pröschner.

Abg. Frau Schirmer-Pröschner (DFD):

Hohes Haus! Die Frauen des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands, darüber hinaus alle demokratischen Frauen und Mütter der Deutschen Demokratischen Republik stimmen der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten Otto Grotewohl voll und ganz zu.

(Beifall beim DFD)

Wir erkennen aus der Regierungserklärung, daß das Programm der deutschen demokratischen Regierung dem Wöhle unseres Volkes dienen wird. Wir knüpfen daran die große und berechtigte Hoffnung, daß durch die gemeinsame Arbeit aller aufbauwilligen Kräfte auch das Leben der Frauen und Mütter leichter wird. Die Frauen haben seit 1945 hervorragende Aufbauarbeit geleistet. Das Programm der Regierung wird ihnen Ansporn sein, ihre bisherige Arbeit mit verstärktem Elan durchzuführen.

Der Demokratische Frauenbund Deutschlands begrüßt es besonders dankbar, daß dem deutschen Volke durch das große ihm entgegengebrachte Vertrauen der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken nunmehr die Möglichkeit gegeben wird, ein souveränes Staatswesen zu werden. Aus einem administrativen Objekt werden wir nun wieder zu einem selbstverantwortlichen Subjekt nach innen und nach außen. Ein Parlament, eine verantwortliche Regierung, eine staatsreue Verwaltung werden künftig — unter der Kontrolle des Volkswillens die deutschen Geschicke lenken. Wir sind stolz darauf, feststellen zu können, daß wir unseren Staat auf eine von dem deutschen Volk selbst erarbeitete Verfassung aufbauen können, in Freiheit der Persönlichkeit, in Freiheit des Staates. Weder Hohe Kommissare noch ein diktiertem Besatzungsstatut werden unsere Souveränität einschränken.

Mit der soeben erhaltenen Selbstverwaltung und Selbstbeweglichkeit erwachsen nicht nur der deutschen Regierung große und ernste Pflichten, sondern auch jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau trägt große Verantwortung für die Weiterentwicklung unseres Staatswesens. Niemals dürfen in unserer neuen Republik Militarismus, Faschismus oder Rassenhaß wieder Einzug halten, noch Monopole und Trustkapital wieder zur Macht gelangen. Wir Frauen begrüßen die Versicherung der Regierung, daß sie gegen jede Kriegshetze, gegen jede heimliche Kriegsvorbereitung, gegen jeden Versuch, unsere demokratische Aufbauarbeit zu unterminieren, rücksichtslos durchgreifen will. Die imperialistischen Kriegshetzer haben in den fortschrittlichen deutschen Frauen der Deutschen Demokratischen Republik ihre unerbittlichsten Feinde.

Die Erklärung der Regierung, sich einzusetzen für die beschleunigte Rückführung der Kriegsgefangenen, gleich, in welchen Ländern sie sich zur Zeit befinden, erfüllt uns Frauen mit ganz besonderer Freude.

Unsere Frauenorganisation, die über 450 000 Mitglieder umfaßt; darunter Frauen aller Parteien, auch sehr viele parteilose Frauen, wird unermüdlich bestrebt sein, den bereits erfolgreich beschrittenen Weg der Blockpolitik weiterzugehen. Nicht im Kampf der Parteien gegeneinander, wie er sich in Westdeutschland täglich abspielt, sondern in friedlicher Zusammenarbeit und im Ringen um eine gemeinsame und positive Willensbildung muß der Erfolg dieses neuen Parlaments liegen und sehen wir Frauen die Bewährung einer echten Demokratie. Nur dem Frieden darf die Politik dieses neuen Staates dienen, Friede in den eigenen Reihen, Friede zwischen allen deutschen Menschen in Ost- und West und Nord- und Süd und Friede mit allen Völkern der Welt. Unser Ziel muß sein, die freundschaftlichen Beziehungen und Verbindungen mit der großen, weltumspannenden Friedensfront, an deren Spitze die den Weltfrieden erstrebende und schaffende Sowjetunion steht, noch viel enger zu gestalten und noch weiter zu vertiefen. Wir Frauen werden weiter an uns arbeiten, um alle unsere Staatsbürgerpflichten zu erfüllen. Wir werden auf allen Gebieten die uns erstmalig in unserer Verfassung gewährleisteten großen Rechte voll und ganz in Anspruch nehmen und vertreten.

(Beifall beim DFD)

und wir sind überzeugt, daß die neue Regierung diesem Anspruch auf Gleichberechtigung der Frau um so be-